

## Public consultation on the general de minimis Regulation

Wir befürworten ausdrücklich eine Anhebung des De-minimis-Höchstbetrags für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse. Dieser Höchstbetrag sollte jedoch auf 1.000.000 EUR angehoben werden. Dies ist aus unserer Sicht in Anbetracht der aktuellen und prognostizierten Inflationsentwicklung unerlässlich. Die europäische Wirtschaft wird in den nächsten Jahren mit enormen Herausforderungen konfrontiert, die insbesondere auf den Folgen der Corona-Pandemie und dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und der damit verbundenen Energiekrise beruhen. Nimmt man die politischen Zielsetzungen der EU in Sachen Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Digitalisierung hinzu, wird deutlich, dass den Mitgliedstaaten verstärkt Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden müssen, um diese Zielsetzungen zu erreichen. Wenn die politischen Zielsetzungen der EU von den Mitgliedstaaten und der Wirtschaft deutlich mehr fordern, muss die EU auch ein entsprechend verstärktes Fördern ermöglichen. Eine lediglich geringfügige Anhebung des De-minimis-Höchstbetrags von 500.000 EUR auf 650.000 EUR wird insoweit nicht ausreichend sein und wird der Bedeutung der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse für die Gesellschaft nicht gerecht.

Die Aufnahme einer Begriffsbestimmung für „ein einziges Unternehmen“ lehnen wir ab. Dies würde zu einer Verschärfung der aktuellen Rechtslage führen und wäre für den Bereich der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse systemfremd. Insbesondere bei der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse stehen nicht mögliche Synergieeffekte oder steuerliche Vorteile im Vordergrund, sondern die Rolle und Bedeutung der erbrachten Dienstleistungen für den sozialen Zusammenhalt. Für die Unternehmen, die möglicherweise über eines der genannten Kriterien miteinander verbunden wären, würde die Einstufung als „ein einziges Unternehmen“ zu einer massiven Verkürzung der grundsätzlich möglichen De-minimis-Beihilfen führen, was sich zugleich negativ auf die Erbringung entsprechender Dienstleistungen auswirken wird.

Aktuell bedarf es der Einholung einer sog. De-minimis-Erklärung und einer entsprechenden Ausreichung einer De-minimis-Bescheinigung. Es erscheint aus unserer Sicht zweifelhaft, ob die Einführung eines Zentralregisters dies adäquat und rechtssicher ersetzen kann. Dies setzt aus unserer Sicht zwingend voraus, dass die in dem Register vorgehaltenen Daten stets tagesaktuell sind. Ob dies gewährleistet werden kann, erscheint aus unserer Sicht fragwürdig. Sollte ein entsprechendes Register eingeführt werden, muss zwingend sichergestellt werden, dass die Beihilfempfänger keine Nachteile erleiden, falls die Beihilfegewährung aufgrund fehlerhafter Datenlage im Register gegebenenfalls rechtswidrig ist.

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.  
Klingelhöferstraße 5, 10785 Berlin  
Postfach 301573, 10749 Berlin

Telefon: +49 30 82403-0  
Telefax: +49 30 82403-199  
E-Mail: [mail@gdw.de](mailto:mail@gdw.de)  
Internet: [www.gdw.de](http://www.gdw.de)

Brüsseler Büro des GdW  
3, rue du Luxembourg  
1000 Bruxelles, BELGIEN  
Telefon: +32 2 5 50 16 11  
Telefax: +32 2 5 03 56 07

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. ist im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung eingetragen und übt seine Interessenvertretung auf der Grundlage des Verhaltenskodex für Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter im Rahmen des Lobbyregistergesetzes aus.